

Solidarität mit Israel - aber aus rein taktischen Gründen

Stand: 17:38 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten
Von Michael Wolffsohn

Der Bundestag hat die antisemitische BDS-Bewegung verurteilt. Doch Union, SPD und Grüne haben das vor allem getan, um nicht als Antisemiten abgestempelt zu werden. Deutschlands moralpolitische Grundlage im Umgang mit Israel bröckelt.

Das moral- und geschichtspolitische Fundament der Bundesrepublik Deutschland wird derzeit umgebaut. Das beweisen unzählige Krisen und Konflikte mit vielen unserer westlichen Partner (Amtsdeutsch „Freunden“) und eben nicht nur mit Trumps USA. Auch das Verhältnis zu Israel und den Juden zeigt den neudeutschen Wertewandel. **Ich bin gespannt auf die Begründung.**

Das dokumentierte am 17. Mai die Bundestagsabstimmung über die antizionistische BDS-Kampagne. **„Antizionistisch“ ist richtig.** Was BDS („Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“) gegenüber Israel verlangt, ist mehr als Kritik an der Regierung Israels und Premier Netanjahu. **Auch hier bin ich gespannt auf die Begründung.**

Ein Blick auf die Website genügt **Welche Webseite?** : Der jüdische Staat, also die Antwort auf 3000 Jahre jüdischer Verfolgungsgeschichte und damit die Lebensversicherung aller Juden weltweit, solle verschwinden. **Wo steht das?** Wer Juden diese Existenzsicherheit verweigert, ist Antisemit. Das hilft keine Klügelei. **Das kann ich gelten lassen, aber wo verweigert BDS diese Existenzsicherheit?**

Mit wohlklingenden Worthülsen verdeckt BDS das eigentliche Ziel: die Auslöschung des jüdischen Staates. **Ich bin gespannt darauf, zu sehen, wo das geschrieben steht.** Gefordert wird zum Beispiel der Einsatz der demografischen Atombombe gegen Israel: die Rückkehr von sieben Millionen vertriebenen Palästinensern. **Das ist keine Atombombe, sondern eine plumpe Verleumdung!** Tatsächlich vertrieben

oder geflohen sind 1947/48 etwa 700.000 Palästinenser. Das war die Folge des von ihnen begonnenen, mit arabischen Verbündeten geführten und verlorenen Krieges gegen die Gründung Israels. Ein verlorener Krieg rechtfertigt nicht die Vertreibung der Bewohner des Landes. Außerdem war es von Anfang an das Ziel der politisch verantwortlichen Juden, die arabischen Bewohner des Landes zu vertreiben.

Wer sich in Deutschland damit solidarisiert, müsste folgende Position beziehen: 1.) Schlesien und die übrigen „Ostgebiete“ sind „unser“. Hitler hat zwar den Zweiten Weltkrieg begonnen, aber unser Landverlust ist Unrecht. Wie logisch denkt Herr Wolffsohn? Die Bewohner der Ostgebiete waren Deutsche und Deutsche haben den Krieg begonnen und nicht nur das, sie haben grauenhafte Verbrechen in anderen Ländern begangen. Die Bewohner Palästinas waren Araber (größtenteils) und sie haben keine Schuld daran, dass Juden das Land übernehmen wollten. Und sie haben auch keine grauenhaften Verbrechen begangen in den Nachbarländern. 2.) Die zwölf Millionen deutschen Vertriebenen sollen – samt Kindern und Kindeskindern – zurück in ihre „Heimat“. Niemand sagt, dass die vertriebenen Palästinenser zurückkehren **sollen**. Aber sie sollten die Möglichkeit dazu haben. Die vertriebenen Deutschen haben auf Grund der deutschen Schuld nicht die gleiche Berechtigung zur Rückkehr wie die vertriebenen Palästinenser. Außerdem können die vertriebenen Deutschen wenigstens ihre ehemalige Heimat besuchen, was die Palästinenser nicht können. Von den Nachkommen der vertriebenen Deutschen wollen die Wenigsten in die Heimat ihrer Eltern zurück. Von den Nachkommen der vertriebenen Arabern wollen auch nicht alle zurück.

Und warum dürfen alle Juden, die vor 2000 Jahren vertrieben wurden, zurückkehren und die Araber, die vor 70 Jahren vertrieben wurden nicht?

Diese „Logik“ widerspricht dem moral- und geschichtspolitischen Fundament des neuen Deutschland. Zur Logik von Wolffsohn siehe

oben. Man erwartet sie zu Recht von rechts, also bei der AfD. Doch just sie verlangte im Bundestag die schärfsten Maßnahmen gegen BDS: ein Verbot. „Doch just sie ...“ - wo ist das ein Widerspruch? Wolffsohn'sche Logik eben.

Auch bezüglich der deutschen UN-Politik plädiert die AfD weit mehr als alle übrigen Parteien - mit Ausnahme der FDP - für eine proisraelische Linie. Wenn viele oder die meisten AfD-Wähler NS-Nostalgiker sind, dann aber ist ein projüdischer und proisraelischer Kurs politischer Selbstmord. Ein merkwürdiger Satz. Statt „politischer Selbstmord“ müsste es wohl „unlogisch“ heißen. Die meisten AfD-Wähler sind nach meiner Erfahrung als AfD-Mitglied nicht NS-Nostalgiker, von daher ist der proisraelische Kurs der AfD nicht unlogisch. Trotzdem ist er total falsch und warum die AfD diesen Kurs fährt, habe ich noch nie verstanden. Vielleicht weil sie damit den Vorwurf entkräften will, antisemitisch zu sein. Ausgerechnet der allgemein als Antisemit verschrieene Wolfgang Gedeon vertritt eine völlig andere Auffassung als der AfD-Mainstream. Er hat auf einem Bundesparteitag die beigefügte Resolution eingebracht, in der er auch BDS erwähnt.

Umgebaut hat sich die FDP. Bis Mitte der 1960er war sie rechtsliberal, bis 1982 linksliberal und dann etwas von beidem. Zu Israel wahrte sie manchmal Müllemann-polemische Distanz, die nicht selten vom ewigen Außenminister Genscher gebilligt wurde. Heute ist die FDP eindeutig proisraelisch und damit ungebrochen projüdisch. Das beweisen ihre Initiativen gegen Deutschlands bisherige BDS- und UN-, also Anti-Israel-Politik.

CDU/CSU, SPD und Grüne haben sich dem FDP-Vorstoß im Bundestag aus rein taktischen Gründen angeschlossen. Sie hatten Angst, als Antisemiten abgestempelt zu werden. Jürgen Trittin sprach das außerhalb des Plenums aus. Mit 15 anderen Grünen stimmte er gegen die Anti-BDS-Entscheidung und sah die Meinungsfreiheit gefährdet. Wo er recht hat hat er recht.

Auch in der CDU grummelte es. Lange vorbei ist die ungebrochen projüdische und proisraelische Politik der CDU der Adenauer- und Kohl-Ära. Zu Adenauers Zeiten gab es ja auch noch keinen Netanjahu und noch nicht die jahrzehntelang andauernde Misshandlung des palästinensischen Volkes. **Dort** hat sich etwas verändert Herr Wolffsohn! Zu Papier gebracht hat das eine Gruppe von 19 Unionspolitikern. Ihr Anführer ist der mehrfach gescheiterte und in die Außenpolitik abgeschobene Norbert Röttgen: Eine Anti-BDS-Politik könne Kritik an Israels Regierung oder die Arbeit deutscher NGOs erschweren. Herr Röttgen ist ein sehr kluger Außenpolitiker und in die Außenpolitik wird man nicht abgeschoben. Das sind Schmähungen, Herr Wolffsohn, und keine Argumente. Und natürlich wird die Arbeit deutscher NGOs erschwert.

Den Bedenken von Röttgen & Co. schlossen sich die Spitze (nicht die Mehrheit!) der Grünen-Fraktion sowie einige SPD-Parlamentarier an, darunter Niels Annen, Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Nichts Neues. Die Mehrbödigkeit der SPD-Israelpolitik gehört seit Willy Brandt zur Tradition. Was meinen Sie mit „Mehrbödigkeit“? Etwa die Unterstützung des Existenzrechts Israels und die gleichzeitige Unterstützung des Existenzrechts der Palästinenser? Dann scheint mir das eine sehr sinnvolle und gerechte „Mehrbödigkeit“ zu sein.

Neues gibt es bei der Linken: Obwohl mehrheitlich antiisraelisch, löst sich ein wachsender Kreis von der unsäglich antisemitischen, proterroristischen DDR-Tradition. Zur Speerspitze dieser Reform-Linken gehören vor allem „Ossis“ wie Petra Pau, Jan Korte, Michael Leutert und Berlins Kultursenator Klaus Lederer. Es gibt Neues im neuen Deutschland.

Lieber Herr Wolffsohn, worin sehen Sie nun den „neudeutschen Wertewandel“? Etwa darin, dass einige wenige Abgeordnete unterscheiden können zwischen Antisemitismus und Antizionismus oder dass wenigstens einige von ihnen sich noch an die im Grundgesetz versprochene Meinungsfreiheit erinnern?